

NACHRICHTEN

GEMEINDERAT

Kanalarbeiten in der Goethestraße stehen an

Stockach (maw) Die Stadt hat in der jüngsten Gemeinderatsitzung den Auftrag für Kanalarbeiten in der Goethestraße an die Firma Schleith aus Steißlingen für knapp 437.000 Euro vergeben. Laut Sitzungsvorlage möchte die Stadt den dortigen Mischwasserkanal zwischen der Schiesser-Kreuzung und dem Linde-Kreisel erneuern. Da die Entwässerung dort künftig im Trennsystem erfolgen soll, muss der bestehende Mischwasserkanal zu einem Schmutzwasserkanal umfunktioniert und ein neuer Regenwasserkanal gebaut werden. Über diese beiden Kanäle werde auch die Entwässerung des neuen Wohnparks an der Aach stattfinden.

KAISERPFALZSTRASSE

Führung im Lenk-Skulpturengarten

Bodman – Der Bodmaner Bildhauer Peter Lenk bietet Führungen im Skulpturengarten in der Kaiserpfalzstraße 20 in Bodman an. Bei der rund 90-minütigen Führung erfahren die Teilnehmer laut der Ankündigung Spannendes rund um die Kunstwerke. Die nächsten Führungen sind am Samstag, 3. Juni, und Samstag, 17. Juni, um 11 Uhr. Erwachsene zahlen 20 Euro zum Unterhalt des Gartens.

IMKERVEREIN

Vortrag zum Thema Hilfe für Wildbienen

Stockach – Der Bezirksimkerverein Stockach und die Fachwarte für Obst und Garten Hegau-Bodensee laden am Samstag, 3. Juni, von 16.30 Uhr bis 18.30 Uhr zu einem Vortrag am Lehrbienenstand in Zoznegg ein. Thema ist laut einer Presseinformation die Anlage von Blühflächen und Förderung von Wildbienen. Manfred Kraft vom Landesverband Badischer Imker gibt Tipps zur praktischen Umsetzung bei der Erstellung einer Blühfläche.

VOLLSPERRUNG

Kurt-Fahr-Straße wird zur Baustelle

Stockach – Im Zeitraum vom Mittwoch, 31. Mai, bis Freitag, 4. August, wird die Kurt-Fahr-Straße in Hindelwangen saniert und Verlegungsarbeiten durchgeführt. Dies teilt die Stadtverwaltung mit. Die Arbeiten werden in abschnittweisen Vollsperrungen durchgeführt.

Streit um Grabstein landet vor Gericht

- Steinmetz Niklas Neitsch wehrt sich gegen Bußgeld
- Vorwurf lautet Verstoß gegen Bestattungsgesetz
- Er sagt, die Gemeinde handelt willkürlich

VON DOMINIQUE HAHN
UND MARIO WÖSSNER

Eigeltingen/Stockach – Eigentlich war es ein Routineauftrag für Steinmetzmeister Niklas Neitsch aus Stockach. Er sollte eine Grabplatte für ein Urnengrab auf dem Friedhof des Eigeltinger Ortsteils Rorgenwies anfertigen. Dass darüber ein Streit mit der Gemeinde entbrennt, der am Ende sogar vor Gericht landet, hätte er nicht gedacht. Alles begann damit, dass ein Kunde zu Niklas Neitsch mit dem Anliegen kam, eine Grabplatte für das Urnengrab seiner Mutter auf dem Friedhof in Rorgenwies anfertigen zu lassen. Dort wollte die Mutter beerdigt werden. Da ihr Sohn in Singen wohnt und keinen Führerschein hat, wollte er eine geschlossene Grabplatte – denn zur Grabpflege regelmäßig nach Rorgenwies zu kommen, das ist ohne Auto ein schwieriges Unterfangen. Niklas Neitsch fertigte einen entsprechenden Antrag aus und reichte diesen bei der Gemeinde ein.

Zu seiner großen Überraschung kam zwei Wochen später eine Absage vonseiten der Gemeinde mit dem Hinweis, dass die Friedhofssatzung komplett geschlossene Grabplatten nicht erlaube. Er müsse mindestens einen Ausschnitt erstellen. „Eigentlich hätte ich mich darüber freuen müssen“, sagt Niklas Neitsch, „denn ein Stein mit Ausschnitt ist teurer als einer ohne. Ich hätte dem Kunden also mehr berechnen können.“ Doch was den Steinmetzmeister wundert: „Auf dem Friedhof in Rorgenwies gab es da bereits zwei Urnengräber, die voll abgedeckt waren.“ Trotzdem fertigte Neitsch nach Rücksprache mit seinem Kunden einen Ausschnitt an. „Die Kosten von 400 Euro habe ich mir mit meinem Kunden geteilt“, sagt er. Der Rest sollte eigentlich eine Formsache sein, so Neitschs Annahme. So versetzte er den Grabstein auf dem Friedhof.

Wenig später erhielt der Steinmetzmeister eine Bitte von der Gemeinde, zu bestätigen, dass der Ausschnitt im Stein mindestens zwei Drittel der Fläche einnimmt. Für Neitsch unverständlich. „Das Bild ist stimmig und wir haben uns genau an dem orientiert, was alle anderen auf dem Friedhof auch machen“, berichtet Neitsch. Deshalb habe er nicht auf das Schreiben reagiert. Die Gemeinde blieb indes nicht untätig. Sie stellte ein Bußgeld in Höhe von 228 Euro gegen den Steinmetzmeister aus. Wegen eines „Verstoß(es) gegen das Bestattungsgesetz“. Das wollte Neitsch, der auch Stellvertretender Landesinspektionsmeister der Steinmetze ist, nicht



Steinmetzmeister Niklas Neitsch aus Stockach bei der Arbeit. Er kritisiert die Friedhofssatzung, die laut ihm an der Realität vorbei geht. BILDER: LOTHAR ADAMCZYK/DOMINIQUE HAHN



Urnengräber auf dem Friedhof von Rorgenwies dürfen laut Satzung nicht komplett verdeckt sein. In manchen Fällen hat die Gemeinde sie dennoch genehmigt, in anderen nicht.

auf sich sitzen lassen. Bei einem ausführlichen Kontrollgang mit Maßband und der Friedhofssatzung der Gemeinde im Gepäck habe er festgestellt, dass fast alle Gräber auf dem Friedhof in irgendeinem Punkt nicht der Friedhofssatzung entsprechen. „Ich habe nur ein einziges Grab gefunden, das der Satzung entspricht“, sagt Neitsch.

Weil er deshalb das Bußgeld nicht bezahlen will, landet der Fall nun vor dem Stockacher Amtsgericht. „Es geht

mir dabei nicht um das Geld, sondern um das Prinzip“, betont er. Für ihn misst die Gemeinde nämlich mit zweierlei Maß, was die Friedhofssatzung angeht. Diese sei ohnehin nicht zeitgemäß, merkt Neitsch an. „Politik und Feinschliff sind nicht zulässig“, heißt es etwa in der Satzung. Obwohl Farbanstrich auf Stein als auch die Verwendung von Gold und Silber für Schriftzüge sind laut der Satzung verboten. Das sind alles Gestaltungs-

Zu den Friedhöfen

In der Gemeinde Eigeltingen haben alle Ortsteile, bis auf Münchhof, einen eigenen Friedhof. Doch nicht überall werden alle Bestattungsmöglichkeiten angeboten, speziell die Urnenbestattungen. In Eigeltingen sind neue Bestattungsmöglichkeiten wie ein Baumgrab und Hügelgrab hinzugekommen. Diese Gräber würden von den Bauhofmitarbeitern gepflegt. Diese Bestattungsformen sind auf Wunsch von Angehörigen entstanden, die Grabformen wollten, die weniger pflegeintensiv sind, weil sie selbst nicht in der Gemeinde wohnen.

elemente, von denen heutzutage bei fast jedem Grabstein mindestens eines zum Einsatz kommt. „Ich habe Bürgermeister Fritschi schon 2014 darauf angesprochen, dass die Friedhofssatzung nicht stimmig ist und den Bedürfnissen der Bürger nicht gerecht wird“, sagt Neitsch. Zur Antwort habe er damals bekommen, dass die Satzung nicht so streng ausgelegt werde. Das Bußgeld gegen ihn gab es dennoch.

Die aktuell gültige Friedhofssatzung der Gemeinde stammt vom 14. Dezember 2015. Viel geändert habe sich zur damaligen Problematik nicht. „Ich frage mich, was eine solche Satzung überhaupt soll, wenn sie den Bedürfnissen der Bürger überhaupt nicht gerecht wird“, sagt Neitsch. Doch was sagt die Gemeinde zu dem Fall? Bürgermeister Alois Fritschi möchte sich auf SÜDKURIER-Nachfrage nicht zu dem konkreten Fall äußern. Da es sich um ein schwebendes Verfahren handelt, greife hier der Datenschutz. Grundsätzlich verwende die Gemeinde jedoch die aktuell gültige Friedhofssatzung aus dem Jahr 2015, um über Grabsteine zu entscheiden. „Es bedarf in jedem Fall vor Aufstellung eines Grabsteins der Genehmigung durch die Gemeindeverwaltung“, so der Bürgermeister.

Werden Grabsteine ohne Genehmigung aufgestellt, stelle dies eine Ordnungswidrigkeit dar. Die werde mit einem Bußgeld geahndet – wie bei Niklas Neitsch. Doch warum gibt es auf dem Friedhof dann weitere Grabsteine, die der Satzung nicht entsprechen? Die Gemeinde räumt dazu ein, eine aktuelle Prüfung habe ergeben, dass tatsächlich weitere Grababdeckungen in ungenehmigter Weise errichtet worden sind. „Hier werden ebenfalls Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet werden“, teilt Fritschi mit.

Pikant: Der Gemeinderat hat laut Fritschi in einer Sitzung am 15. Mai eine neue Satzung beschlossen. Sie soll ab Mitte Juni in Kraft treten. Die bisherige Regelung, also eine Vollabdeckung bei Urnengräbern und zwei Drittel Abdeckung bei Sargbestattungen, fällt dann weg. Für Steinmetz Neitsch kommt diese Änderung allerdings zu spät. Er muss am Mittwoch, 31. Mai, vor Gericht.

CDU wünscht sich Ehrenamtsabend

Die CDU-Fraktion möchte die vielen ehrenamtlichen Helfer in der Stadt mit einer eigenen Veranstaltung sichtbar machen

VON MARIO WÖSSNER

Stockach – Hunderte Stockacher engagieren sich tagtäglich für ihre Mitmenschen und helfen in der Stadt mit. Sie kümmern sich um Tiere oder bedürftige Menschen, sie retten Unfallopfer und Verunglückte oder engagieren sich in Vereinen für Jugendliche. Doch wer hinten den guten Taten steckt, bleibt oft ungesehen. Die CDU-Fraktion möchte das nun ändern. In der jüngsten Gemeinderatsitzung hat sie daher eine Initiative für einen sogenannten Ehrenamtsabend eingebracht.

Christoph Stetter, Stadtverbandsvorsitzender der CDU, begründet das Vorhaben so: „Wir hatten schon bei der vergangenen Wahl geplant, das Ehrenamt zu stärken.“ Nun habe man intensiver darüber nachgedacht. Die Sportler-ehrerung habe dabei als Anknüpfungspunkt und Vorbild gedient. „Wir haben uns gedacht, warum sollen wir das nicht auch auf andere Gruppen ausweiten, die so viel Gutes tun, aber wenig Aufmerksamkeit bekommen“, erklärt er. Denn zahlreiche Menschen würden sich freiwillig, unentgeltlich und uneigennützig einbringen – egal ob in Sport- oder Musikvereinen, der Brauchtumpflege, den Blaulichtorganisationen, der Kirche, im Umweltschutz oder bei der Integration. „All dieses Engagement ist von unschätzbarem Wert für unser Gemeinwohl und es ist buchstä-

lich unbezahlbar. Oftmals findet es jedoch unter dem Radar der Öffentlichkeit statt“, bedauert der CDU-Mann.

Um all diesen Menschen nun ein Gesicht zu geben und Wertschätzung entgegenzubringen, soll es nach dem Wunsch der CDU einen jährlichen Abend geben, an dem engagierte Bürger geehrt werden. Einen konkreten Plan, wie das aussehen könnte, gibt es nicht. „Wir wollten den Stein erst einmal ins Rollen bringen“, sagt Stetter. Vorschlag der CDU war es, dass die zu ehrenden Personen aus der Mitte der Bevölkerung vorgeschlagen werden – beispielsweise nach Aufrufen in lokalen Medien. „Für das Auswahlverfahren haben wir angeregt, eine Gruppe bestehend aus dem Bürgermeister und jeweils einem Vertreter aus den Fraktionen zu bilden“, so Stetter weiter.

Wie es nun weitergeht, sei noch unklar. Bürgermeister Rainer Stolz habe in der Sitzung signalisiert, sich des Themas anzunehmen, berichtet Stetter. Es sei aber unklar, ob er sich vor der anstehenden Bürgermeisterwahl noch damit beschäftige. Hauptamtsleiter Hubert Walk bestätigt auf SÜDKURIER-Nachfrage, die Verwaltung habe „die Anregung zur Kenntnis“ genommen. Und auch die anderen Fraktionen stehen hinter der Idee. Wolf-Dieter Karle, Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler, sagt: „Wir stehen dem Vorschlag uneingeschränkt positiv gegenüber.“ Wichtig sei, nicht nur Menschen aus Vereinen und Institutionen einzubeziehen, sondern auch nichtorganisierte aus sozialem Engagement, wie der Nachbarschaftshilfe oder der Krankenpflege.



Christoph Stetter, Vorsitzender des CDU-Stadtverbands. ARCHIVBILD: FREISSMANN